Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 27. Dezember 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

27. 12 a Nr. 599 150 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Namentliche Liste der Sachverständigen.

Beginn der Tagung am 14. und 31. Januar.

Paris, 27. 12. (W. T. B.)

Nach offiziellen Mitteilungen der Reparationskommission setzt sich

der erste Sachverständigenausschuß,

der die Währungs- und Budgetfragen zu behandeln hat, wie folgt zusammen: **Großbritannien:** Sir Robert Kindersley, Direktor der Bank von England, und Sir Josua Charles Stamp, Sekretär der Nobelgesellschaft. **Frankreich:** Parmentier, Verwaltungsrat des Credit Foncier von Frankreich, und Professor Alix von der Rechtsfakultät in Paris. **Italien:** Industrieller Dr. Alberto Pirelli und Professor Flora, Professor der Finanzwissenschaften an der Universität Bologna. **Belgien:** Baron Maurice Houtart, Mitglied der Kammer, und Bankier Emile Francqui, Staatsminister und Vizegouverneur der Societé Generale. **Amerika:** Dawes von der Central Trust Company, Chicago, und Owen Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Electric Company.

Der Ausschuß für die Kapitalflucht

setzt sich folgendermaßen zusammen: **Großbritannien:** Reginald Mc. Kenna, ehemaliger Schatzkanzler. **Frankreich:** Laurent Atthalin, Direktor der Banque de Paris et des Pays Bas. **Belgien:** Dr. Alberti, Vizedirektor des Credito Italiano. **Belgien:** Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank. **Amerika:** Henry Robinson.

Die Reparationskommission hat in ihrer Sitzung vom 26. 12. die Zusammensetzung der beiden Sachverständigenausschüsse gutgeheißen.

Die erste Sitzung des ersten Sachverständigenausschusses wird am 14. Januar und die des zweiten Sachverständigenausschusses am 21. Januar stattfinden. Die Kommission hat ihre Generalsekretär beauftragt, sich zur Verfügung der beiden Ausschüsse zu halten, um den Dienst ihres Sekretariats sicherzustellen.

Hierzu meldet unser e-Berichterstatter in New York:

Henry Robinson, der Präsident der Ersten Nationalbank in Los Angelos, Kalifornien, weiß amtlich noch nits von seiner Ernennung zum Dritten Reparationssachverständigen. Robinson steht in Verbindung mit Pierrepont Morgan und der Union Oel Co. Er vertrat das Schiffahrtsamt im Obersten Wirtschaftsrat in Versailles. Später half er bei der Beilegung des großen Bergarbeiterausstandes. Jetzt ist er Vizepräsident der Handelskammer der Vereinigten Staaten und der Vorsitzende der Kriegsfinanzkorporation für den Fernen Westen. Dawes wird vor seiner Abreise nach Paris heute eine Unterredung mit dem Präsidenten Coolidge haben.

*

Bekanntlich sollten in der ersten Sachverständigenkommission auch deutsche Delegierte vertreten sein. Es muß daher mit Befremden festgestellt werden, daß die oben veröffentlichte Liste keinen deutschen Teilnehmer aufweist.

Die Prüfung der deutschen Not.

Paris, 27. 12. (T. U.)

Die deutsche Note vom 24. Dezember wird seit gestern abend von General Degoutte und Tirard geprüft. Wie verlautet, hat Poincaré die beiden gebeten, so schnell wie möglich ihre Auffassung über die Durchführbarkeit der deutschen Vorschläge mitzuteilen. Poincaré dürfte wahrscheinlich noch vor Ende dieser Woche seine Antwort an Herrn v. Hoesch übergeben. **Jeder Versuch der Reichsregierung, ihre Oberhoheit im besetzten Gebiet in der einen oder anderen Form wieder herzustellen,** schreibt das „Echo de Paris", **werde als unvereinbar mit dem französisch-belgischen Verwaltungssystem zurückgewiesen werden. (!)** Im Rahmen der gegenwärtigen Organisation könnten Berlin aber gewisse Zugeständnisse gemacht werden.

Aus Brüssel wird mitgeteilt, daß Hannecart, Leiter der belgischen Ruhrdelegation und Baron Jaquemyne, der belgische Vertreter in der interalliierten Rheinlandkommission mit der Prüfung des von Dr. Rüdiger überreichten Dokuments beschäftigt sind. Sobald Jaspar sich mit diesen Persönlichkeiten über den Sinn der Deutschland zu erteilenden Antwort verständigt haben wird, wird er eine Antwort abfassen und mit Poincaré einen Gedankenaustausch darüber eröffnen.

„Intransigeant" glaubt mitteilen zu können, daß voraussichtlich keine französisch-belgische Kollektivnote zustandekommen werde, sondern daß zwei Texte überreicht werden sollen. Diese beiden Texte würden vor Uebergabe an die deutsche Regierung zwischen der französischen und belgischen Regierung ausgetauscht werden.

Das französische Ministerium des Aeußeren veröffentlicht unter dem 26. Dezember eine Erwiderung auf die vom W. T. B. gemachten Richtigstellungen zur letzten Kammerrede Poincarés. Es verlohnt nicht, die französischen Ausführungen auch nur auszugsweise wiederzugeben, da ihre Tendenz allzu offensichtlich ist.

Der Urlaub Dr. Stresemanns.

Die Nachricht des „Eclair", wonach der jetzige Außenminister Dr. Stresemann die Absicht haben soll, als Botschafter nach Paris zu gehen, wird an zuständiger Stelle als falsch bezeichnet. Auch bestreitet man dort, daß die Reise Dr. Stresemanns nach der Schweiz mit politischen Dingen zusammenhänge. Dr. Stresemann habe diesen Urlaub vielmehr nur auf Rat seines Arztes angetreten.

Nach einer Havasmeldung aus Madrid teilt die Polizei die Entdeckung einer Verschwörung mit, durch die am 28. Dezember eine kommunistische revolutionäre Bewegung gleichzeitig in Spanien und in Portugal ins Werk gesetzt werden sollte.

Berliner Kurse vom 27. 12:

1 Dollar amtlich: ℳ 4200 Milliarden

Frankreich schürt den Handelskrieg.

Denkschrift des französischen Reederverbandes.

Antwerpen, 27. 12. (T. U.)

Wie der „Neptun" mitteilt, hat der französische Reederverband seinen belgischen Kollegen soeben ein Dokument übermittelt, in dem auseinandergesetzt wird, daß die deutsche Handelsflotte sich seit dem Kriege wieder neu gebildet habe, daß sie infolge der Zuwendungen des Reiches eine Senkung der Frachtsätze herbeigeführt habe und für die prekäre Lage der internationalen Handelsschiffahrt verantwortlich sei. Die französischen Reeder verlangen, daß auf Deutschland ein politischer Druck ausgeübt werde, damit sie unter Anrechnung auf die Reparationen vom Reiche nachstehende Zugeständnisse erlangen:

1. Unentgeltliche Lagerplätze in den deutschen Häfen.
2. Festsetzung eines bestimmten Preises für die Handelstonnagen.

Frankreich beabsichtigt, wie der „Neptun" weiter hinzufügt, mit Unterstützung von Belgien und eventuell auch mit Hilfe Großbritanniens der deutschen Reederei ihren Platz in der Welt zuzuweisen (!) und ihre weitere Entwicklung im gegenwärtigen Augenblick zu verhindern (!), weil das Angebot die Nachfrage übersteige. Zum Schlusse sagt das Antwerpener Blatt, daß der französische Reederverband mit Genehmigung der französischen Regierung seinen Schritt in Antwerpen unternommen habe.

*

Es ist bereits verschiedentlich an dieser Stelle sowohl durch einwandfreie Statistiken wie durch objektive Darlegungen das Märchen von der gefahrdrohenden Entwicklung der deutschen Handelsflotte für die andern seefahrenden Nationen widerlegt worden. Bei dem neuen Vorstoß des französischen Reederverbandes handelt es sich nun aber um einen verschleierten Angriff der französischen Politiker, die den 1918 scheinbar zum Abschluß gekommenen Kriegszustand durch Schürung des Handelskrieges zu verewigen wünschen. Trotz der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in Frankreich, die sich sichtbar im dauernden Fallen des französischen Franken ausdrückt — worüber wir an anderer Stelle berichten — ist man in Paris noch nicht zu der Einsicht gelangt, daß einzig und allein die Katastrophenpolitik Poincarés die weltwirtschaftlichen Nöte von Tag zu Tag vermehrt. Solche Vorstöße, wie der jetzt von den Reedern Frankreichs unternommene, dürften auch den sich anbahnenden deutsch-französischen Verhandlungen kaum förderlich sein.

Die Krisis des französischen Franken.

Paris, 26. 12. (W. T. B.)

Der französische Finanzminister de Lasteyrie hat heute im Senat bei der Beratung zweier Budgetzwölftel für das Budget der von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben das Wort ergriffen, um sich über die Krise des französischen Franken auszusprechen und im allgemeinen über die Finanzlage, die auf den Wechselkurs drücke. Was auf Frankreich und der gesamten Welt laste, sei die Nichtausführung des Friedensvertrages von Versailles durch Deutschland. Es sei bedauerlich, daß man dies nicht bereits früher begriffen habe. Es sei aber auch bedauerlich, daß im Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Frage der interalliierten Schulden aus Mangel an Solidarität nicht geregelt worden sei, was in manchen Ländern eine Krise des Wechselkurses, in anderen eine Arbeitslosenkrise hervorgerufen habe. Der Finanzminister ist der Ansicht, daß sich die politische Lage seit einem Jahr bessere. Frankreich stehe im Ruhrgebiet, und der passive Widerstand habe ein Ende erreicht. Amerika werde in den Sachverständigenausschüssen wieder Fühlung mit den Alliierten nehmen. Das seien Gründe, die zu der Annahme berechtigten, daß die Schwierigkeiten, denen Frankreich augenblicklich gegenüberstehe, nur vorübergehend seien. Mit Festigkeit, Kaltblütigkeit und durch Arbeit werde man die Krise in Frankreich überwinden.

Es ist bei der Einstellung der französischen Politik selbstverständlich, daß der Finanzminister die Schuld am Fallen des Franken Deutschland zuzuschreiben versucht und über die Unausgeglichenheit des eigenen Budgets, über die unproduktiven Militärlasten, über die großen Anleihen an Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei usw. hinweggleitet. — Immerhin ist es bemerkenswert, daß die französische Währungskrisis von der Regierungsbank aus anerkannt wird, der in der Rede zum Ausdruck kommende Optimismus dürfte auch in Frankreich wenig geteilt werden.

Das deutsche Anleihegesuch.

Paris, 27. 12. Die französische Regierung soll nunmehr von der Reparationskommission mit der Entscheidung, die Prüfung des deutschen Antrages der Gewährung eines Lebensmittelkredites den alliierten Regierungen zu unterbreiten, befaßt worden sein. Die französische Regierung soll grundsätzlich abgeneigt sein, dem deutschen Antrage stattzugeben, wird jedoch vor ihrer endgültigen Entscheidung die Ergebnisse der Untersuchung abwarten, die das Garantiekomitee augenblicklich über die Ernährungslage in Deutschland vornimmt.

Die Sachlieferungen an Jugoslawien.

Paris, 27. 12. (W. T. B.) Nach einer Havas-Meldung aus Belgrad ist in einer interministeriellen Konferenz, an der der Außenminister, der Finanzminister und der Justizminister teilnahmen, über die Abfassung der Antwort auf die deutsche Note vom 10. Dezember verhandelt worden, in der die deutsche Regierung die Einstellung der Sachlieferungen begründete.

Benesch in Paris.

Paris, 27. 12. (W. T. B.) Poincaré empfing heute den französischen Delegierten bei der Reparationskommission Barthou und den tschechoslowakischen Minister des Aeußern Benesch.

Verteidigungsstellung des englischen Kabinetts.

Die Thronrede wird das Programm enthalten.

London, 27. 12. (W. T. B.)

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" schreibt, die Thronrede, mit der das Parlament am 15. Januar eröffnet werden würde, werde die Gestalt eines Programms haben, für das die Regierung die Unterstützung des Unterhauses glaubt nachsuchen zu können trotz der Tatsache, daß ihre fiskalischen Pläne von der Wählerschaft verworfen worden seien.

Die Mehrheit der Minister scheine der Ansicht zu sein, daß durch dieses Verfahren Asquith die Verantwortung dafür auferlegt werde, wenn er sich den Sozialisten anschlösse, um eine Regierung zu stürzen, die ein verfassungsmäßiges und fortschrittliches Programm unterbreite. Größter Nachdruck werde auf die Bedeutung der Ratifizierung der Reichskonferenzbeschlüsse gelegt werden. Die Regierung werde auch ihre Absicht erneut bekräftigen, soweit es in ihrer Macht liege, eine baldige Regelung der Reparationen und der interalliierten Schulden zustande zu bringen.

Die englischen Minister haben London zum größten Teil vor dem Weihnachtsfest verlassen und dürften erst kurz nach dem Neujahrsfest zurückkehren. Zu Beginn der nächsten Woche soll ein Kabinettsrat stattfinden, in dessen Verlauf die Thronrede besprochen werden soll.

Die Engländer verhaften den Burenführer Maritz.

Kapstadt, 27. 12. (W. T. B.) Der Führer des Aufstandes in Südafrika von 1918, Maritz, der von Lourenco Marques nach Pretoria abgereist war, ist verhaftet worden, als er die englisch-portugiesische Grenze überschritt.

*

Der schon uns vom Burenkrieg bekannte Führer Maritz schlug sich zu Beginn des Weltkrieges auf die Seite der Deutschen in Südwestafrika und vollführte nach einer Besprechung mit dem deutschen Gouverneur Dr. Seitz am 5. Dezember 1914, zusammen mit Kemp, Bezuidenheit und Boshoff, einen Angriff auf Upington. Dieser erfolgte am 25. Januar 1915, wurde aber abgewiesen. Kemp und seine Leute ergaben sich, während Maritz die deutschen Geschütze rettete, nach dem deutschen Schutzgebiet zurückkehrte und bis zum Ende bei der deutschen Schutztruppe aushielt. Er flüchtete dann nach Angola, wo er den Portugiesen in die Hände fiel. Seine Rückkehr in die Heimat hat nun zu seiner Verhaftung durch die ehemaligen Feinde geführt.

Die Revolution in Mexiko.

Zur Lage der Revolution in Mexiko teilt uns die hiesige Mexikanische Gesandtschaft folgende amtliche Nachrichten mit:

„Die Aufständischen sind durch die Regierungstruppen aus Panzacola vertrieben worden. Sie haben sich nach Malrrata (zwischen Veracruz und Esperanza) zurückgezogen. Unter Wiederherstellung der zerstörten Verkehrswege rücken unsere Truppen weiter auf Jalisco vor. Die Aufständischen, aller Hilfsquellen entblößt, machen verzweifelte Anstrengungen, die Erschöpfung ihrer Mittel durch Auferlegung von Kontributionen aufzuhalten. In Puebla wurden 1000 Gefangene gemacht und große Mengen Waffen und Munition erbeutet. Die Verfolgung der Aufständischen ist im Gange. Dieser Sieg ist von entscheidender Bedeutung und setzt die Regierung in den Stand, die endgültige Offensive zum Abschluß zu bringen. Im ganzen übrigen Lande herrscht Ruhe. Die Bevölkerung steht treu zur Regierung."

Mexiko, 27. 12. Die mexikanischen Rebellen, die vor drei Tagen Puebla räumen mußten, reorganisieren sich mit der Absicht, die Stadt wiederzuerobern. Die Bundestruppen haben den General Figuera in Toscano gefangengenommen. Die Streitkräfte der Rebellen, die unter dem Befehl der Generäle Diaz und Laran stehen, haben sich der Petroleumfelder bemächtigt.

Streit um die Zahl der französischen Abgeordneten.

Paris, 26. 12. Die Kammer beschäftigte sich heute mit der Frage der Anzahl der Deputierten für die kommende Legislaturperiode. Der Minister des Innern Maunoury verlangte, daß der status quo aufrechterhalten werde, daß es also bei der Zahl von 626 verbleibe. Hierdurch unterstützte die Regierung einen Antrag Gavini, der jedoch mit 359 gegen 160 Stimmen abgelehnt wurde. Die Wahlrechtskommission ist der Ansicht, daß die Zahl 577 die gegebene sei, trotzdem das Gesetz von 1919 die Anzahl der Deputierten auf 530 festsetzt. Die Diskussion über diese rechtliche Frage wird heute nachmittag begonnen.

Die französische Luftschiffkatastrophe

Keine Nachricht von der „Dixmuiden".

Paris, 27. 12. (W. T. B.)

Das Marineministerium veröffentlicht über das Schicksal des ehemaligen Zeppelin-Luftschiffes und jetzigen „Dixmuiden" eine Mitteilung, aus der hervorgeht, daß das Luftschiff zum letzten Male am 21. Dezember, 3 Uhr vormittags, mit der französischen Radiostation Sidi Abdalla in Verbindung gestanden hat. Man nahm damals an, daß es sich etwa 300 Kilometer von Biserta befinde. Nach den Berechnungen mußte das Luftschiff seinen Benzinvorrat am 23. Dezember verbraucht haben. Die Nachforschungen werden besonders in Südalgerien betrieben, und zwar sowohl durch Kavallerie als auch durch Mannschaften des französischen Mittelmeergeschwaders. An Bord des Luftschiffes befanden sich 50 Personen.

Nach einer Meldung von anderer Seite bezweifelt man nicht länger, daß der Luftkreuzer verloren gegangen ist. In der Presse macht sich gegen das französische Marineministerium, weil es die „Dixmuiden" allzu leichtfertig auf das Spiel setzte, eine wachsende Unzufriedenheit geltend. Der „Temps" wendet sich gegen die Verwendung von Luftschiffen überhaupt und meint, daß Deutschland mit der Uebergabe des Zeppelins „L 72" an Frankreich ein Danaergeschenk gemacht habe.

Frankreich und der afghanische Konflikt.

Das Interesse des Sowjetbundes.

Paris, 27. 12. (W. T. B.)

Ministerpräsident Poincaré hat am 24. 12. vormittag den Gesandten von Afghanistan empfangen.

Möglichkeit einer französisch-russischen Annäherung.

Moskau, 27. 12. (W. T. B.) Stekloff führt in der „Iswestija" den von Herbette im „Temps" veröffentlichten Artikel über die Möglichkeit einer russisch-französischen Annäherung auf eine Anregung seitens der französischen Regierung zurück. Er begrüßt das von Herbette erwähnte Gleichlaufen der politischen Interessen Rußlands und Frankreichs, das bei dem letzten afghanischen Zwischenfall besonders zum Ausdruck gekommen sei. Stekloff deutet Herbettes Schweigen über den durch die Verstaatlichung und Beschlagnahme französischen Kapitalisten zugefügten Schaden als französischen Verzicht auf Entschädigung. (?) Herbettes Anerkennung der Sowjetgesetzgebung sei ein wesentlicher Fortschritt in den Verhandlungsmöglichkeiten. Sein Vorschlag, die russischen Kriegsschulden gegen den Rußland durch die Interventionen der Alliierten verursachten Schaden auszugleichen, sei trotz des Ueberwiegens des letzteren immerhin diskutierbar. Für Rußland unmöglich sei die von Herbette geforderte Garantie der Integrität der russischen Nachbarländer, soweit sie die Anerkennung des status quo umfassen sollte. Ferner müsse Rußland die Anerkennung der Vorkriegsschuld von der Gewährung einer größeren Anleihe abhängig machen, und es erwarte hierüber eine französische Gegenäußerung, damit Verhandlungen angebahnt werden könnten.

London, 27. 12. (W. T. B.) Der Finanzberichterstatter des „Daily Telegraph" in Paris schreibt, daß seit mehreren Monaten wichtige Besprechungen zwischen den Handelskommissionen der Sowjetregierung und großen französischen Handelshäusern stattgefunden hätten. In Paris werde erklärt, daß die französische Hauptstadt bald der wichtigste Mittelpunkt für den russischen Handel sein werde. Die Besprechungen über die zunehmenden kommerziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die in der französischen Geschäftswelt zunehmende Meinung für eine Politik der Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage, wie sie vor dem Kriege bestand, würden zu einem längeren Meinungsaustausch führen.

Außenpolitik des Sowjetbundes

A. London, 27. 12. (Eigenbericht.) Der „Manchester Guardian" veröffentlicht eine Unterredung mit Tschitscherin über die russische Außenpolitik. Tschitscherin befürchtet danach den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen England und Afghanistan und stellt Englands Politik als russenfeindlich dar. Mit den Randstaaten wünsche Rußland Frieden zu bewahren. Vigdor Kopp habe in Warschau eine russisch-polnische Verständigung vorgeschlagen, aber keine Intervention gegenüber Deutschland. Außerdem habe er über den freien Transitverkehr verhandelt. Polen sollte nach Rußlands Auffassung nicht eine Sperre, sondern eine Brücke für den Handel zwischen Ost- und Mitteleuropa bilden, und die Beziehungen zu Polen müßten in Zukunft davon abhängen, daß Polen erkenne, daß Ost- und Mitteleuropa nicht dauernd getrennt werden dürften. Die Geschichte habe gelehrt, daß diese Erkenntnis eine notwendige Vorbedingung für den Frieden sei.

Ueber Deutschland sagte Tschitscherin: Wir wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen, würden aber mit großer Besorgnis die Bildung einer monarchistischen, reaktionären oder extremen Militärregierung betrachten. In keinem Falle würden wir intervenieren, aber wir müßten die Möglichkeit eines Angriffs durch eine derartige Regierung ins Auge fassen. Wenn Frankreich eine direkte oder indirekte Kontrolle über Deutschland anstreben sollte, könnte der nächste Schritt sich leicht in erneuten Interventionen gegen Rußland auswirken.

Petroleumkonzessionen in Nordpersien.

Teheran, 27. 12. (T. U.) Die amerikanische Sinclair-Gruppe hat mit der persischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach ihr die Ausbeutung der Petroleumquellen in vier von fünf Nordprovinzen Persiens für die Dauer von 15 Jahren übergeben wird. Die Besprechungen, die zu dem Abschlusse geführt haben, haben mehr als zwei Jahre in Anspruch genommen. Die Konzession der Petroleumquellen in der fünften Provinz bleibt der anglo-persischen Compagnie vorbehalten.

Persien erhält, wie bereits gemeldet, für die Konzession eine amerikanische Anleihe in Höhe von 30 Millionen Dollars. Das Nebeneinanderarbeiten der amerikanischen und englischen Gesellschaften basiert auf dem Oelfrieden vom Jahr 1921.

Venizelos kehrt „zeitweilig" nach Athen zurück.

Athen, 27. 12. (W. T. B.) Die Regierung erhielt von Venizelos die Nachricht, er habe sich nach langer Ueberlegung entschlossen, dem an ihn gelangten Rufe zu folgen und zeitweilig nach Griechenland zu kommen, um zur Ordnung der Lage beizutragen, beharre aber auf seinem Entschluß, nicht auf die politische Bühne zurückzukehren. Er werde am 29. Dezember von Marseille abfahren und bitte, ihm keinerlei Empfang zu bereiten.

Venizelos soll zur Nachtzeit in einem kleinen Boot in Griechenland ans Land gebracht werden. Nur wenige Offiziere kennen die Landungsstelle. Die neue Kammer tritt am 2. Januar zusammen. Oberst Plastiras wird bei dieser Gelegenheit eine Rede halten. Die Kammer wird sich dann bis Ende Januar vertagen. Angesichts der Rückkehr zum parlamentarischen Regime erklärte Oberst Plastiras, daß sämtliche Beschlüsse, die er in seiner Eigenschaft als Führer des Revolutionsausschusses gefaßt habe, zum 1. Januar außer Kraft treten.

Paris, 27. 12. (W.T.B.) Wie aus Washington mitgeteilt wird, hat der amerikanische Oberkommissar für die Türkei, Admiral Bristel, mit der Türkei einen Vertrag unterzeichnet, wonach binnen sechs Monaten nach der Ratifikation eine gemischte Kommission eingesetzt werden soll, um über die beiderseitigen Privatansprüche zu verhandeln.

Der Düsseldorfer Prozeß.

Die Strafanträge.

rw. Essen, 27. 12. (Eigenbericht.)

In der gestrigen Verhandlung gegen die Schupo, die mit den Plädoyers ausgefüllt war, beantragte der Anklagevertreter Leleu für Dr. Grützner, der es fertiggebracht habe, an einem Nachmittag so viele Opfer zu verursachen, (!) wegen Mordes (!) die Todesstrafe, für die abwesenden Angeklagten Leutnant Beyer, Oberleutnant Bodenstein, Polizeikommissar Esser die Höchststrafe, d. i. lebenslängliche Zuchthausstrafe. Für Oberleutnant Pohl, der die Hauptverantwortung trage, beantragte er längere Zuchthausstrafe, ebenso für Hauptmann Pfeffer. Für Oberleutnant Hübner und für Hauptmann Paßlack läßt der Staatsanwalt die Anklage auf Totschlag fallen; für Leutnant Vogt hält er die Anklage nicht aufrecht. Bezüglich der Schupo überläßt er dem Gericht zu urteilen, welche Strafen ihr zukämen. Ewers habe einen Franzosen mißhandelt und dafür eine exemplarische Strafe verdient. Für den städtischen Polizisten Krieg beantragte er drei Monate Gefängnisstrafe. Für den Stadtsekretär Neukirchen läßt er wegen nicht genügender Beweise die Anklage fallen. Der Artist Königs habe einen Menschen mißhandelt; für den Schlosser Engels lägen mildernde Umstände vor. Für Major Engel und Hauptmann Winkelmann überläßt der Vertreter der Anklage wegen der widersprechenden Aussagen dem Gericht die Entscheidung.

Die vorhergehenden Plädoyers.

Düsseldorf, 26. 12. (W. T. B.) In seinem Plaidoyer betonte

der Anklagevertreter Leutnant Leleu,

daß es sich hier um keinen politischen Prozeß handele, sondern die Angeschuldigten standen unter der Anklage des Totschlags. Grützner habe es fertig gebracht, an einem Nachmittag so viele Opfer zu verursachen. (!) Der Verteidiger des Mordes solle nicht des Mordes schuldig sein? Er habe die Angeklagten auf die Anklagebank geschickt. Der Anklagevertreter schloß sein Plaidoyer mit dem Verlangen eines gerechten Urteils. Sodann wandte sich

Rechtsanwalt Dr. Boß-Dortmund

gegen die Anklageschrift, die in einem Ton redigiert sei, der jetzt, nach der Aufhebung des passiven Widerstands, provokatorisch wirken müsse. Er wies in längeren juristischen Ausführungen über den Begriff der Notwehr nach deutschem und französischem Recht nach, daß die Angeklagten nach dem Fehlschlagen ihrer gütlichen Verhandlungen um Freigabe ihrer gefangenen Kameraden und nachdem sie von verschiedenen Seiten durch Revolverschüsse angegriffen worden, zuerst nur Schreckschüsse in die Luft abgaben, sich aber dann auf wiederholtes Feuern von separatistischer Seite, und als Kameraden an ihrer Seite gefallen waren, in berechtigter Notwehr zum Gegenangriff entschlossen hätten. Die erwiesene Tatsache der Notwehr schließe jedoch Verurteilung wegen Totschlags aus. Die Schupobeamten, die lediglich auf Befehl ihrer Offiziere gehandelt hätten, seien auf jeden Fall durch die Tatsache dieses Befehls gedeckt. Dr. Boß wies auf das Paradore hin, daß die Polizeibeamten, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung von Berufs wegen verantwortlich seien, dafür verfolgt werden, daß sie ihrer Pflicht getan hätten zur Wiederherstellung der Ordnung, die von den Separatisten durch ein landesverräterisches Unternehmen auf das schwerste gestört worden sei.

Rechtsanwalt van Houten

legte in seinem Plaidoyer dar, daß in Düsseldorf der Oberbürgermeister als direkter Chef der blauen und grünen Polizei frei war zu handeln, wie er es den deutschen Gesetzen gemäß für notwendig hielt, es sei denn, daß besondere Befehle der Besatzungsbehörden vorlägen. Allerdings habe Matthes dem Kommandanten Morin erklärt, alles werde friedlich bleiben. Und was habe Matthes getan? Warum zunächst die Parade der Schutztruppen? Warum die Vereidigung auf dem Hindenburgwall? Matthes und seine Banden suchten also absichtlich Schwierigkeiten mit der Polizei. Wie kommt es, schloß der Verteidiger, daß die Polizei hier in, daß die Separatisten daran hinderte, sich der Regierung zu bemächtigen, und daß kein Separatist auf der Anklagebank sitzt?

Vor der Urteilsverkündung.

Düsseldorf, 27. 12. (W. T. B.)

Bevor sich der Gerichtshof zur Urteilsfällung zurückzog, ergriff noch einmal Rechtsanwalt Dr. Grimm-Essen das Wort zu einer kurzen wirkungsvollen Rede. „In diesen Tagen", so schloß Dr. Grimm, „haben wir das Weihnachtsfest gefeiert, das die ganze Christenheit als Fest des Friedens begeht. Im Geiste dieses Friedens bitte ich Sie, Ihr Urteil zu fällen."

Hierauf dankte der Vorsitzende Oberst Villemont, dem Vertreter der Anklage und den Verteidigern für ihr loyales Verhalten während des ganzen Prozesses, besonders den Verteidigern, die in aller legitimen Wahrung der Interessen der Angeklagten daran mitgearbeitet hätten, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Er, der Vorsitzende des Gerichts, könne in seinem Namen und im Namen seiner Kollegen versichern, daß sie ohne jede Voreingenommenheit und ohne jede politische Bindung ihr Urteil fällen würden.

Um 10¼ Uhr zog sich dann der Gerichtshof zur Beratung des Urteils zurück.

Zwei neue Mordtaten.

rw. Mülheim a. Ruhr, 27. 12. (Eigenbericht.) Auf der Rückfahrt von der Jagd wurden diesseits der Lippebrücke bei Dorsten am Heiligen Abend der 44jährige Kaufmann Gerhard Krapoth und der Kutscher durch die belgischen Posten erschossen, als sie auf ihren Anruf den Wagen anhielten. Jagdfreund erhielt einen Schuß durch den Hut.

Die Separatistenherrschaft in der Pfalz.

München, 27. 12. (T. U.) Die Zahl der aus der Pfalz von den Separatisten Ausgewiesenen hat nunmehr 100 überschritten. Die Ausweisungen erfolgten nach den Direktiven der Franzosen, die die Ausgewiesenen ohne Paß über die Grenze transportiert. Ferner wird gemeldet, daß die Separatisten in Bad Dürkheim das Bezirksamt besetzt haben. Vorstand und Beamten haben daraufhin den Betrieb eingestellt.

Die Separatistengefahr von Rhein und Ruhr.

Von unserem rheinischen Berichterstatter.

Dem ersten großen Ansturm der separatistischen Horden folgte in weiten Kreisen des Rheinlands eine Zeit innerpolitischer Ruhe, die jedoch neuer Besorgnis Raum läßt. Insbesondere die Gewaltherrschaft der Sonderbündler in der Pfalz zeigt deutlich die alten Zusammenhänge und die vertraute Zusammenarbeit mit der französischen Besatzung, die gerade hier im Winkel zwischen Saargebiet und Elsaß mit allen Kräften vorwärts strebt. Wohin der Weg weiterführt, zeigen die Meldungen aus Rheinhessen, wo sich das fremde Gesindel unter dem Schutz der Franzosen heute noch in kleineren Orten selbst zwischen Mainz und Frankfurt hält. Nach wie vor ist die Mainlinie das nächste Ziel des militärisch-politischen Vormarschs, und zweifellos wird auch hier bald eine „aktivere" Taktik zu verzeichnen sein, sobald General Degoutte den Sitz seines Generalstabs und seines zahlreichen literarischen Troffes endgültig von Düsseldorf wieder nach Mainz verlegt. In der Zwischenzeit nähren die verschiedenen Gruppen der Sonderbündler auch ohne das tätige Eingreifen der Besatzung die Unruhe der Bevölkerung.

Vor allem fühlt man im ganzen linksrheinischen Lande unter der Oberfläche gleichsam, wie sich die Bewegung von Ort zu Ort fortpflanzt und sorglich von der Besatzung gepflegt wird. Die kalbamtliche Berliner Feststellung, daß die Belgier endgültig die Separatisten abgeschüttelt hätten, findet an Ort und Stelle, in Krefeld so wenig wie in Aachen, Glauben. Allzu offen gewährt die Besatzung den Führern, die die Verbindung dieser Sondergruppen mit den Koblenzer Herren festhalten, Schutz und Gehör. Ganz besonders zeigt sich das bei der Umbildung des rheinisch-westfälischen Unabhängigkeitsbundes, in dem sich von Düsseldorf aus der „Mainfranke" Matthes einen Ersatz für den bislang unfindbaren rheinischen Raubstaat schafft. Seit Konkurrenzneid und Eigennutz das Kleeblatt Dr. Dorten, Joseph Smeets und Matthes auseinandertrieben, setzen alle drei das einträgliche Geschäft auf eigene Faust fort. Matthes insbesondere, der vor der Düsseldorfer Bevölkerung die alleinige Verantwortung für die blutigen Vorgänge vom 30. September trägt, hat seinen „rheinischen" Unabhängigkeitsbund zweckentsprechend umgestaltet, seit die aus dem Ruhrrevier und die aus der Hefe der Bergarbeiter geworbenen Söldner zur Hauptstütze seiner Macht wurden. Mit der Koblenzer „vorläufigen Regierung", die sich eine Zeit lang unter dem unmittelbaren Schutz der Rheinlandkommission einrichten konnte, ist er völlig zerfallen. Das Kabinett, schreibt er selbst in seinem politischen Wochenblatt, „zermürbte sich durch die immer schärfer werdende Gegensätzlichkeit zwischen Ehrlichkeit und Unehrlichkeit, Idealismus und Materialismus, Uneigennützigkeit und Selbstsucht, Moral und Unmoral. Alle aufgeworfenen politischen und wirtschaftlichen Probleme blieben unbearbeitet." Insbesondere Lebensmittelschiebungen durch das sog. „Ernährungsministerium" wurden selbst dem weiten Gewissen der leitenden Herren zu arg. „Während kranke und verwundete Rheinlandschutztruppen", klagt der neue Führer vor der Oeffentlichkeit, „Not am Notwendigsten litten, wurden diese notwendigsten Dinge verschoben. Korruption an allen Ecken und Enden. Zu den Großen gesellten sich die Kleinen. Die rheinische Bewegung, die rheinische Regierung, die erste Rheinlandrepublik war demoralisiert und versumpft."

Nach dieser gründlichen Abrechnung mit den früheren „Freunden", die sich nur mit „gescheiterten Existenzen" umgaben, stellte der Schützling General Degouttes schon Anfang Dezember dem französischen Oberkommissar seine eigenen Truppen zur weiteren Zermürbung des deutschen Volkes zur Verfügung. Eine halbe Million Mitglieder, so schreibt er in unterwürfiger Ergebenheit Herrn Tirard, zählt heute bereits der „rheinisch-westfälische Unabhängigkeitsbund", die nur von den Besatzungsmächten erwarteten, daß sie wegen ihres politischen Bekenntnisses zur rheinisch-westfälischen Republik (sprich: Raub und Plünderung zu eigenem Nutz und Frommen!) keinerlei Bedrückungen und Verfolgungen durch die preußische Gewalt ausgesetzt seien." Um die urteilslose Masse zu fangen, fordert das Programm dieser neuen Gruppe den Achtstundentag als Höchstmaß an Arbeitszeit, der auch unter besseren volksgesundheitlichen und sozialen Verhältnissen keineswegs beseitigt werden dürfe. Unternehmer, die sich weigern, diese Richtlinien anzunehmen, so gilt diese Verbeugung auch den Erwerbslosen im Ruhrrevier, müssen dazu gezwungen werden. Hohe Geld- und Freiheitsstrafen, Beschlagnahme der Vermögen und Enteignung sollen zulässig sein, und nötigenfalls sei eine Arbeiterdiktatur mit Vollzugsgewalt zu errichten.

Ueber die unterirdische Wühlarbeit allerdings ist diese neue Gründung nicht hinausgediehen. Immerhin aber bleibt eine Unruhe, die unter den außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnissen des Industriegebiets sehr bedenklich erscheint. Jede Explosion am linken Niederrhein oder am Mittelrhein kann hier jederzeit einen gefährlichen Ausbruch hervorrufen. Gerade in der Gegend von Koblenz, in der Berührung also der von der Pfalz und Hessen einerseits, moselabwärts anderseits einmündenden Angriffslinie hat auch der Franzose ein recht lebendiges Interesse an der weiteren Zermürbung der Bevölkerung, die in letzten Jahre so ganz und gar jede Hinneigung zur rheinischen Republik verlor. Bereitwillig läßt man den alten Kämpen und Gefolgsmann Dr. Dorten gewähren, wenn man ihn und seine Mordgesellen auch in Koblenz selbst unter den Augen der mißgünstigen Alliierten nicht gern sieht. Um so offener darf er im benachbarten Bad Ems sein Wesen treiben, wo das stattliche Kurhaus mit seinen unvergeßlichen Erinnerungen an den alten Kaiser längst als „Re-